

# Bad Dürkheimer Zeitung

## KRIES UND QUER

### Balkonbrand erschreckt 70 Hochhausbewohner

**BAD DÜRKHEIM.** Eine brennende Matratze auf dem Balkon in der höchsten Etage des Hochhauses in der Gutleutstraße hat in der Nacht auf Dienstag einen Großinsatz der Feuerwehr ausgelöst und die 70 Bewohner sowie umliegende Nachbarn um den Schlaf gebracht. Die Inhaber der Wohnung, 91 und 85 Jahre alt, kamen mit leichter Rauchvergiftung ins Krankenhaus. Die übrigen Hausbewohner blieben unverletzt und konnten um halb drei herum wieder in ihre Wohnungen. (psp)

LOKALSEITE 2



Über die Drehleiter löschte die Wehr den Balkonbrand von außen, Kollegen evakuierten die Bewohner durch das Treppenhaus.

FOTO: FRANCK

### Wegen Sonnenbrille Scheibe eingehauen

**FREINSHEIM.** Ein Unbekannter schlug in der Nacht auf Sonntag in der Freinsheimer Straße im Wolf die Fensterscheibe an der Fahrertür eines Peugeot ein und entwendete aus dem Innenraum eine Sonnenbrille der Marke Ray-Ban im Wert von 250 Euro. Der Sachschaden wird auf 300 Euro geschätzt. Die Polizei bittet um Hinweise, 06322 963-0 oder pibaduerkheim@polizei.rlp.de. (rhp)

## SO ERREICHEN SIE UNS

**BAD DÜRKHEIMER ZEITUNG**  
Verlag und Geschäftsstelle

Kellereistr. 12 - 16  
67433 Neustadt  
06321 8903-0  
06321 8903-20  
rhpneu@rheinpfalz.de

### Abonnement-Service

Telefon: 06321 3850146  
Fax: 06321 3850186  
E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de

### Privatanzeigen

Telefon: 06321 3850192  
Fax: 06321 3850193  
E-Mail: privatanzeigen@rheinpfalz.de

### Geschäftsanzeigen

Telefon: 06321 3850383  
Fax: 06321 3850384  
E-Mail: geschaeftsanzeigen@rheinpfalz.de

### Lokalredaktion

Mannheimer Str. 10  
67098 Bad Dürkheim  
Telefon: 06322 9452-43  
Fax: 06322 9452-10  
E-Mail: redduw@rheinpfalz.de

## „Nicht jeden Bedarf zu jeder Zeit“

**BLICKPUNKT:** Verwaltung erläutert Gründe zur Montagsschließung der Stadtbücherei – Fehlbedarf auf 250 000 Euro angewachsen

Dass die Dürkheimer Stadtbücherei seit Jahresbeginn montags geschlossen bleibt, hat Unmut ausgelöst, der sich auch in Leserbriefen an die RHEINPFALZ äußerte. Als „Schuldige“ wurde insbesondere Kulturdezernentin Heidi Langensiepen ausgemacht. Sie erklärt im Gespräch mit der Lokalredaktion, wie es im Kulturausschuss zu diesem Sparvorschlag gekommen ist und warum der Stadtrat ihn beschlossen hat.

Wenn vier Stunden weniger Öffnungszeit solche Betroffenheit auslösen, dann sei das „ein Kompliment für die Arbeit, die in der Stadtbücherei geleistet wird, für die Ausstattung und für die Politik, die das trägt“, stellt die Kulturdezernentin fest. Umso mehr trafen sie Formulierungen in den Leserbriefen, die gerade ihre eigene Person aus diesem Zusammenhang ausklammern. „Es passiert dort nichts, was ich nicht weiß beziehungsweise selbst initiiert habe“, gibt sie auf den Vorwurf, sie habe „keine Ahnung“, zu Protokoll. Und noch etwas ist ihr wichtig: Weder sie noch jemand anderes in der Stadtverwaltung könne im Alleingang Ausgaben kürzen.

Der Haushaltsentwurf, den sie dem Kulturausschuss für 2013 vorgelegt hat, basiert demnach auf Vorgesprächen mit der Verwaltung, in denen Einsparbedarf bei der Stadtbücherei signalisiert worden sei: Für die Beratung, Verbuchung und Veranstaltungen umfassende Dienstleistung dürfe nicht mehr ausgegeben werden als bisher. Da nachhaltig nur am Personal gespart werden könne, habe es sich „gut getroffen“, dass eine befristet beschäftigte Mitarbeiterin eine feste Stelle gefunden und gerade gekündigt hatte. Damit verringerten sich die Personalwochenstunden von 60,5 auf 45,5 und zogen die Reduzierung der Öffnungszeiten von bisher 24,5 auf aktuell 20 Stunden pro Woche nach sich.

Naheliegender sei daraufhin die Streichung der beiden Stunden einmal im Monat am Donnerstagabend



Die Stadtbücherei ist an fast allen Tagen Anlaufstelle für Jung und Alt – montags jetzt nicht mehr.

FOTO: FRANCK

gewesen, erläutert Langensiepen. Ohne wöchentliche Regelmäßigkeit habe dieser nie breite Akzeptanz gefunden. Der Samstagmorgen dagegen werde intensiv genutzt – von Familien mit Kindern, vor allem aber auch Berufstätigen. Mittwochmorgen habe als unantastbar gegolten, weil damit einmal in der Woche andere Zielgruppen angesprochen würden. An Dienstagen finden Leseförderprogramme statt, ebenso an Donnerstagnachmittagen, auf die auch die Kindertheater-Vorführungen des Kulturbüros fallen. Freitag deckten sich die Leser fürs Wochenende ein. Am Ende sei als Streichkandidat der Montag geblieben, für den nicht zuletzt spreche, dass Personal, das am Samstag eingesetzt werde, auf diese Weise zwei Tage nacheinander frei habe.

Was nicht heißt, dass in der Bücherei am Montag nicht gearbeitet wird. Die beiden Bibliothekarinnen stehen zum Beispiel für die Zusammenarbeit mit den Schulen weiter-

hin auch montags zur Verfügung. Der Mangel an Wochenstunden betrifft allein den Dienst an der Verbuchung. Ihn mit weiteren Stunden für Aushilfskräfte zu beheben, steht laut Langensiepen nicht zur Diskussion.

Der Hinweis auf all das Unbezahlbare, was das Bücherei-Team um Leiterin Sigrid de Raaf wie nebenbei leistet, findet bei der Dezernentin offene Ohren. Sie weiß um die Bedeutung eines Hauses der täglich offenen Tür, in dem Kinder und andere hereinschlendern und hängenbleiben – an den Büchern, den Zeitungen und Zeitschriften: Integration der leisen Art. Aber: „Wir sind in erster Linie der Ort, wo man Bücher ausleiht und sich über Bücher austauscht“, so Langensiepen. „Wir können nicht jeden Bedarf zu jeder Zeit decken“, dazu stehe sie.

Empfindlich reagiert die zweite Beigeordnete auf die öffentliche Kritik von Bürgern aus anderen Kommunen, die von der Stadt Bad Dürk-

heim Leistungen einforderten, die bei ihnen vor Ort offenbar nicht erbracht würden. Auch sie kämen hier – bis 18 Jahren kostenlos, darüber für 1,25 Euro im Monat – in den Genuss eines weiterhin außerordentlich attraktiven Angebots: Auswahl unter mehr als 38.000 Medien und professionelle Beratung während jetzt 20 Stunden in der Woche; Online-Zugang zu Katalog und digitalen Medien sowie Buchrückgabe über den Rückgabekasten jeden Tag im Jahr rund um die Uhr.

Auch Bürgermeister Wolfgang Lutz und CDU-Mitglieder im städtischen Kulturausschuss halten die Montagsschließung für gerechtfertigt. Am Rande des CDU-Treffs zum Heimatmuseum (wir berichteten) meinte Lutz auf RHEINPFALZ-Nachfrage, dass er „voll und ganz dazu stehe“ und verwies auf das Beispiel von Museen, die nahezu komplett montags geschlossen hätten. Zwar sei im Ausschuss pauschal von Kürzungen der Öffnungszeiten gespro-

chen worden und nicht konkret von Montag, meinte CDU-Fraktionschef Reinhard Stölzel, doch die Umsetzung sei letztlich nicht Sache des Ausschusses, sondern der laufenden Verwaltung, wie der Bürgermeister anmerkte. Das Defizit allein in der Stadtbücherei habe sich mittlerweile auf 250.000 Euro im Jahr „hochgeschaukelt“, so Lutz. Angesichts dieses Fehlbedarfs habe er „überhaupt kein schlechtes Gewissen“. Die Summe, die die Stadt durch die Montagsschließung einspare, bezifferte Lutz aus der Erinnerung mit gut 15.000 Euro.

Jeder könne planen, wann er Bücher ausleihen kann, sah auch Ratsmitglied Rolf Jochum den gestrichenen Montag als kein Problem an. (gel/psp)

EINWURF

### INFO

Öffnungszeiten der Stadtbücherei im Haus Catoir: Dienstag bis Freitag jeweils 14 bis 18 Uhr, Mittwoch zusätzlich 10 bis 14 Uhr, Samstag 10 bis 12 Uhr

## Kokain oder „Kohle“ im Rohr?

**BAD DÜRKHEIM/NEUSTADT:** Anwalt steht wegen Beihilfe zum Drogenhandel vor dem Amtsgericht

Beihilfe zum Handel mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge – wegen dieses für einen Rechtsanwalt besonders schwerwiegenden Vorwurfs muss sich seit gestern ein Jurist, der in Bad Dürkheim und Mannheim tätig ist, vor dem Schöffengericht des Neustadter Amtsgerichts verantworten.

Der Anwalt soll laut der Anklage von Staatsanwalt Torleif Meinke am 15. April 2011 in seiner Dürkheimer Kanzlei einer jungen Haßlocherin „gesteckt“ haben, dass ihr damaliger Freund in einer privaten Tiefgarage in Neustadt 17 Gramm Kokain versteckt habe – und dass sie wisse, was sie mit dem Rauschgift machen solle. Außerdem habe er die 24-Jährige darüber informiert, wer bei ihrem Freund Schulden aus Drogengeschäften habe. Der 38-Jährige selbst war am 25. März 2011 verhaftet worden, der Dürkheimer war sein

Rechtsanwalt. Der versicherte gestern, „der Sachverhalt ist so nicht zutreffend“. Der Angeklagte sowie die Frau und der derzeit inhaftierte Neustadter schilderten drei recht unterschiedliche Versionen der Kontakte und Gespräche im März und April vor zwei Jahren.

So berichtete der Jurist, sein damaliger Mandant habe ihn beim ersten Kontakt gebeten, seine Freundin über seine Verhaftung zu informieren. Er habe den Anwalt nicht damit beauftragt, widersprach der 38-Jährige: Er habe sich zum Zeitpunkt seiner Verhaftung bereits von ihr getrennt gehabt.

Bei einem Besuch in der Untersuchungshaft, so schilderte der Anwalt weiter, habe sein Mandant ihm verraten, dass er 1700 Euro hinter einem Rohr in der Tiefgarage versteckt habe. Der Anwalt solle die Haßlocherin über das Versteck informieren und sie solle mit dem Geld Mietschulden und einen Teil

des Anwalts honorars bezahlen. Der Rechtsanwalt habe die Frau daraufhin für 15. April in seine Dürkheimer Kanzlei bestellt.

„Das stimmt gar nicht: Es ging um Kokain“, behauptete nun wiederum die Zeugin. Sie habe zwar vermutet, dass ihr damaliger Freund in der Tiefgarage etwas versteckt hat, aber erst durch den Anwalt erfahren, was und wo genau.

Kurz nach ihrem Besuch in der Kanzlei sei sie mit einem jüngeren Bekannten in die Tiefgarage gegangen. Da sie das Gesuchte nicht gefunden habe, habe sie von dort den Anwalt angerufen – ihr Handy wurde von der Polizei abgehört. „Es ist rechts, wenn da keine Rohre sind, dann links, Frau (Soundso) ... das ist nichts für diese Form“, zitierte die Vorsitzende Richterin Bettina Matter die Worte des Anwalts während des Telefonats und versuchte sie zu interpretieren. Damit habe er die Frau abwimmeln wollen, weil er in

Eile gewesen sei und „es mich schlichtweg genervt hat, dass sie schon wieder angerufen hat“, erklärte der Angeklagte.

Er glaube sich zu erinnern, dass die Frau in der Tiefgarage telefoniert hat, sagte ihr damaliger Begleiter. Er habe dann jedenfalls einen Beutel mit „17 oder 18 Stück von diesem Pulver“ gefunden. Die Frau gab an, das Kokain verkauft, einige ausstehende Drogengelder eingetrieben und einen Teil des Geldes dem Anwalt gegeben zu haben. Wann und wie viel, darüber machten beide unterschiedliche Aussagen. „Es geht um 1700 Euro, da waren niemals 17 Gramm Kokain“, schrie wiederum der Neustadter, der wegen Drogen delikten derzeit zu achteinhalb Jahren Haft verurteilt ist.

Thomas Pusch, Anwalt seines Kollegen, regte an, das Verfahren einzustellen. Das lehnte der Staatsanwalt ab. Fortsetzung ist am 22. Januar, 8 Uhr. (ann)

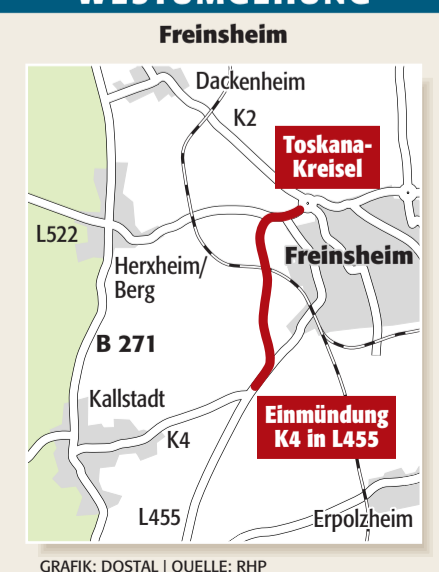
## EINWURF

### Trotzdem schade

VON KATHARINA SCHLEGEL

Kulturdezernentin Heidi Langensiepen betont, dass der politische Wille der Stadt mit rund einer Million Euro unverändert viel Geld für Kulturförderung zur Verfügung stellt und die Stadtbücherei mit unverändertem Zuschuss und in unverändert hoher Qualität trägt. Dass gleichzeitig die Kostenentwicklung im Blick bleibt, ist Pflichtaufgabe der Verwaltung. Und trotzdem empfinden nicht nur die RHEINPFALZ-Leser, die sich zu Wort gemeldet haben, schmerzlich, was verloren geht, wenn nicht genug Personal zur Verfügung steht, um die Türen der Stadtbücherei wie gewohnt zu öffnen: kulturelle Teilhabe als täglich Brot. Es ist schade, wenn funktionierende kulturelle Breitenversorgung, wie sie der als offenes Haus konzipierte Komplex Catoir so bewährt leistet, auf diese Weise rationalisiert wird.

## WESTUMGEHUNG



GRAFIK: DOSTAL | QUELLE: RHP

## Umgehungspläne standen unter keinem guten Stern

**HINTERGRUND:** Nur noch die Stadt Freinsheim selbst könnte im Zuge des geplanten Neubaugebiets für eine Entlastungsstraße sorgen

Nach dem Aus für die Freinsheimer Westumgehung sieht Kreisbeigeordneter Erhard Freunschütz nur die Chance, im Zuge des geplanten Neubaugebiets an der Herxheimer Straße eine Straße mit Entlastungseffekt zu bauen. Im Freinsheimer Rathaus sieht man dies allerdings skeptisch.

„Es war schon bei Beginn der Planung erkennbar, dass es nicht einfach wird, die Straße zu bauen“, kommentierte Freunschütz die Entscheidung des Landes, die Umgehung aufgrund des schlechten Kosten-Nutzen-Verhältnisses nicht zu finanzieren. Wie bereits mehrfach

berichtet, stand auch wegen der Diskussionen um die B271 das Projekt, das um die vier Millionen Euro kosten sollte, unter keinem guten Stern: Die Osttrassen-Befürworter der B271 in Freinsheim wollten eine städtische Westumgehung erst gar nicht, weil eine Ost-Trasse bei Herxheim am Berg die Stadt bereits genügend entlastet hätte, argumentierten sie.

Entsprechend wurden dann auch die Planungen in der Zeit der Debatte um die von Norbert Schindler vorgeschlagene Tunnelösung im Osten Herxheims zurückgestellt. Außerdem war klar, dass es – wenn es tatsächlich zu einem Planfeststel-

lungsverfahren für die Westumgehung kommen sollte – große Widerstände von einem Grundstücksbesitzer geben werde. So hätte die Trasse das Gelände vom Obsthof Schick durchschnitten.

Als die Tunnelösung scheiterte, wurde die Westumgehung wieder aktuell. So hat der Kreis seit 2010 vorsorglich im Kreishaushalt jährlich Mittel in Höhe von 50.000 Euro für eine Anschubfinanzierung eingestellt. Jedoch wurde im vergangenen Jahr deutlich, dass der Kreis keine Aussicht hat, beim Land einen Zuschuss für die Trasse zu bekommen. Denn die Umgehung hätte zwei Landesstraßen, nämlich die

L522 und L455, miteinander verbunden. Eine solche Funktion kann aus Sicht des Landes nur eine Landesstraße übernehmen.

Die will jedoch das Land nicht bauen – eine vertrackte Situation. Somit hätte nur Freinsheim selbst eine Chance, eine eigene Entlastungsmöglichkeit zu entwickeln. Thomas Bayer hält von solchen Überlegungen jedoch nichts. „Das wird zu teuer, wer soll das bauen?“, sagte der Leiter der Bauabteilung im VG-Ratshaus auf Anfrage. Schließlich wäre die Westumgehung zwei Kilometer lang geworden. Eine verkürzte Form sei schlecht möglich, wenn die Reibold- und Bahnhofstraße entlastet

werden sollen. Die Stadtspitze bemüht sich derweil, den Verkehrsfluss innerhalb Freinsheims zu verbessern. So gibt es Gespräche mit der Bahn, um die Überführung zu verbreitern.

Außerdem kann die Stadt jetzt im Westen ein Neubaugebiet ausweisen, ohne in Konflikt mit einer Umgehungsstraße zu kommen. Das scheint der Stadt ganz recht zu sein. Schließlich konnte sie in letzter Zeit nur kleine Baulücken anbieten. Wenn nun von den Bewohnern aus der Reibold- und Bahnhofstraße kein Widerstand kommt, darf man wohl das Thema Westumgehung zu den Akten legen. (led)